

Arbeiter und Linksintellektuelle in der SPS

Autor(en): **Strahm, Rudolf H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **58 (1979)**

Heft 11

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339579>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Profil

*Rudolf H. Strahm**

Arbeiter und Linksintellektuelle in der SP

Je unbequemer und erfolgreicher die SP für die Bürgerlichen wird, desto mehr versuchen sie, die Partei in gute und böse Sozialdemokraten aufzuteilen. Diese Erkenntnis ist historisch. Im Wahljahr 1979 war die bürgerliche Wahlthematik wiederum darauf angelegt, die Sozialdemokraten in «pragmatisch-vernünftige» Arbeiter/Gewerkschafter und «ideologisch-revolutionäre» Linksintellektuelle auseinanderzuidividieren. Dass sich dieses Bild einer SP auch in Teilen der Bevölkerung verbreitet, ist nur zu verständlich. Wäre es allein in der politischen Gegnerschaft verankert, könnte man zur Tagesordnung übergehen. Es gibt aber auch Genossen, die hartnäckig diese Meinung reproduzieren; ein Musterbeispiel für eine verständnislose Interpretation dieser Kluft in der Partei gibt zum Beispiel Paul Ignaz Vogel, selber auch Intellektueller, im «Profil» 5/79 (und wird prompt von der «NZZ» als Kronzeuge zitiert).

In der parteiinternen Auseinandersetzung ist es eine, wie mir scheint, gefährliche Waffe geworden, ältere, gewerkschaftliche Pragmatiker und jüngere Intellektuelle gegeneinander auszuspielen. Das wird nicht nur in unserer Partei vermerkt, sondern auch auf gewerkschaftlicher Seite, wo zum Beispiel der GBH-Redaktor Ruedi Jost mit Missbehagen kommentiert, es gebe «Sozialdemokraten, die sich aus führenden Parteipositionen verärgert zurückgezogen haben und nun im Namen der Gewerkschaften einen Krieg gegen die eigene Partei führen und dadurch ihr Kartell zu einem parteipolitischen Nebenschauplatz machen».

Eine kleine Soziologie der jüngeren Parteimitgliedschaft

Freilich ist die Kluft zwischen Jüngeren und Älteren nicht wegzudiskutieren, altersmässig ist es schon mehr: fast ein Generationenbruch. Aber man sollte sich einmal die Mühe nehmen und hinsehen, wie die in den siebziger Jahren in die Partei eingetretene Generation von «Intellektuellen» aussieht. Es handelt sich kaum mehr um die karrierebewussten Juristen, Lehrer und anderen Akademiker, wie sie sich in den fünfziger und sechziger Jahren in der Partei in einer unkonkurrenzierten Führungsrolle gegenüber einer Mehrheit von Arbeiter-Mitgliedern wähen konnten. Es

* Der Autor äussert hier seine persönliche Meinung.

sind vielmehr Vertreter der geburtenreichen Jahrgänge der Universitäten und Mittelschulen, die von ihrem Selbstverständnis und ihrer soziologischen Einstufung her gar nicht mehr in gleichem Masse den Akademikernimbus pflegen können und wollen.

Von ihrer politischen Tätigkeit an der Universität her und den vielleicht selbst erfahrenen, faktischen Berufsverboten wissen sie vom staatlichen Spitzeldienst und sind deshalb gegen die Polizei. Nicht aus ideologischer Erkenntnis allein, sondern aus Erfahrung kämpften sie dafür, dass die Partei die *Busipo* ablehnte.

Viele jüngere Hochschulabsolventen, Lehrer, Sozialarbeiter leben nicht mehr schön separiert in ihren Einfamilienhäuschen, sondern vielmehr in Miethäusern und mittelmässigen Quartieren. Und so erleben sie die Umweltprobleme, den Lärm, den Gestank, die Verödung des Quartiers existenziell. Der Kampf gegen die AKWs und für die *Atomschutzinitiative* ist nur die politische Folgerung aus diesem existenziellen Erleben.

Als Hochschulabgänger durchleben sie die Schwierigkeiten der Stellensuche und die Existenzängste am Arbeitsplatz. Als Sozialarbeiter, Lehrer, Jungjuristen erleben sie beruflich die sozialen Randgruppenprobleme aus eigener Erfahrung. Und ihre (anfänglich) niedrigen Familieneinkommen – oft bedingt durch selbstgewählte Teilzeitarbeit – sind zu schmal, als dass sie die zusätzliche Steuerlast ähnlich wie ein gut bezahlter öffentlicher Funktionär zu «schlucken» vermöchten. Aus dieser Erfahrung des knappen Budgets heraus, und nicht allein aus der Ideologie, bekämpften sie die *Mehrwertsteuer* erfolgreich.

Der Beispiele liessen sich unzählige anfügen. Was ich damit sagen will: *Diese Generation von sogenannten «Linksintellektuellen», die nach 1970 in die SP eingetreten ist, ist soziologisch und ihrem Selbstverständnis nach viel näher bei den Arbeitern, viel «proletarischer» als die mittleren Führungsgruppen in der Partei.*

Daraus ergeben sich eben auch antigouvernementale und antibürgerliche Postulate, die dem gouvernementalen Flügel in der SP verständlicherweise Mühe machen. Aber offenbar werden solche Forderungen auch von Arbeitern verstanden, was den *SGB-Präsidenten Richard Müller* zur Bemerkung über die angeblich ideologische Politik der Jungen veranlasste: «Ganz einfache Arbeiter verstehen gut, worum es geht. Es sind (demgegenüber) einige Funktionäre, die sich manchmal nur schwer von den Fesseln der aufreibenden Alltagsarbeit lösen können.» (Interview in der «BaZ»)

Der Inspirator jener Theorie, wonach die Intellektuellen als «neue Götter» dem Volk nur die Probleme aufschwatzten, ist Helmut Schelsky. Seine Polemiken gegen das «Hohepriestertum der Intellektuellen» lieferten denn auch die Kampfangen für den durchschnittlichen bürgerlichen Zeitungsredaktor. Ich bin sicher, dass sich diese Kampftheorie totlaufen wird, weil sie die *objektiv* verschlechterte Situation der Intellektuellen in

Beruf, Gesellschaft und Umwelt ausser acht lässt. Hinter ihrer politisch radikalen Haltung stehen eben nicht nur ideologische Reflexionen («Hirngespinnste»), sondern zunächst einmal existenzielle Erfahrungen – und das verkennen alle die Schelskys und die «NZZ»-Schreiber.

Näher bei der Volksmeinung, als man denkt

Ohne den Kampf der Jüngeren (meist vereint mit den Romands) an den Parteitag und im Parteivorstand hätte die SP die Atomschutzinitiative nicht unterstützt, die Busipo nicht bekämpft. Und in beiden Abstimmungen war die gegen die Fraktion durchgesetzte Parole ein Glück für die Partei; das geben heute parteiintern alle zu.

Die Mehrwertsteueregegner in der Partei wurden nicht nur in der Volksabstimmung von 1977 erfolgreich, sondern sie erzielten auch einen Späterfolg durch den Konfrontationskurs der Fraktion bei der Neuauflage 1978/79.

Die SP kam mit ihren Parolen in den letzten Jahren eher zum Volk. In eidgenössischen Volksabstimmungen des Jahres 1978 lag die SP-Parole in zehn Fällen «richtig» in bezug auf das Abstimmungsergebnis. Ein Zufall? Oder sind Abstimmungen ein falscher Indikator? In der vergangenen Legislaturperiode 1975 bis 1979 gab es eigentlich nur einen grossen, prestigemässigen «Abschiffer», nämlich 1976 bei der 40-Stunden-Woche-Initiative, bei der der Parteitag mit seiner Ja-Parole völlig abseits des 78-Prozent-Neins der Volksabstimmung lag. (Bei genauerer Analyse würde vielleicht diese Ausnahme sogar die Regel bestätigen.)

Bis weit in unsere Partei hinein findet der bürgerliche Vorwurf Resonanz, die SP-Parteitage seien völlig unrepräsentativ für die Parteimeinung. Willi Ritschard glaubte in seiner Lageeinschätzung für die Atomschutzinitiative auch an diese These – und scheiterte politisch.

Der Parteitag ist in seinen Beschlüssen (ich sage nicht: in seiner Diktion und Argumentation) ein guter und repräsentativer Gradmesser für die Parteimeinung und wohl für die SP-Wählerschaft. Diese Beschlüsse, verbunden mit der geschickten Ausnützung und Begründung durch das Präsidium, haben in den vergangenen Jahren sicher zum Erfolg der Partei beigetragen. (Ich möchte sogar von einem Erfolg sprechen, ungeachtet der Resultate der Nationalratswahlen.)

Neulich hat der Parteitag 1979 für das Rüstungskreditreferendum und für die moralische und politische Bindung der Mandatsträger an das Wahlprogramm votiert. Trotz bürgerlichem Protestgeheul und vereinzelt parteiinternen Schlechtwetterprognosen werden sich diese Beschlüsse in Zukunft vielleicht als sehr echte Probleme und als sehr populär erweisen, wenn man sie in der breiten Öffentlichkeit nur richtig begründet.

Das Problem Überalterung

Eine weitere Verständnishilfe liefert die Betrachtung der Altersstruktur

in der Partei: Wir haben die Neueintritte der jungen Generation dringend nötig!

Es gibt leider wegen des Fehlens einer zentralen Mitgliederkartei keine Angaben über die Altersstruktur in der gesamten SP Schweiz. Aber eines ist sicher: Die Parteimitgliedschaft ist, trotz des äusseren Erscheinungsbildes etwa der schweizerischen Parteitage, sehr überaltert. In manchen Sektionen sind drei Viertel aller Mitglieder über 50jährig. Ich schätze, dass insgesamt mehr als die Hälfte der SP-Mitglieder über 50 sind.

Trotz der Eintrittswelle von jüngeren Mitgliedern in den siebziger Jahren ist die Mitgliederzahl der SP Schweiz gesamthaft gleich geblieben. Die sterbens- oder umzugsbedingten Abgänge – nicht etwa die Austritte, wie P. I. Vogel suggerieren möchte – vermochten die Neueintritte nur gerade zu ersetzen. *Angenommen, es würden von jetzt an keine Neueintritte erfolgen, so würde sich die Mitgliederzahl der SPS bis in die erste Hälfte der neunziger Jahre halbieren!*

Das Altersstrukturdiagramm der Partei gleicht einer Doppelzwiebel: eine dicke Ausbuchtung oberhalb der heute 55jährigen und eine dünnere unterhalb der 35jährigen. Dazwischen ein eher dünner Stengel. Unterproportional ist die Generation zwischen etwa 35 und 55 Jahren vertreten. Dies ist ein unverkennbares Symptom der Demobilisierungsphase in Partei und Gewerkschaften zwischen dem Zweiten Weltkrieg und etwa 1970! Friedenspflicht und Integration während des Konjunkturaufschwunges haben Partei und Gewerkschaften politisch derart geschwächt, dass jetzt eine Generation lang Anstrengungen nötig sind, nur dieses politische und mitgliederzahlmässige Tief aufzufüllen.

Es ist bemerkenswert und auch erklärbar, dass die zahlenmässig dünnere Mitgliedschaft zwischen 35 und 60 Jahren auch am stärksten in der Auseinandersetzung mit den Jüngeren liegt. Die Jüngeren und die Alten verstehen sich aus soziologischen und historischen Gründen oft besser.

Die Mobilisierungsschwäche

Sehr hilflos stehen heute beide, der gouvernementale und der linke Parteiflügel (wenn diese simplifizierende Unterscheidung schon verwendet werden soll), vor der Frage der Abstinenz der Arbeiter und der Jungarbeiter. Es ist in der Tat so, dass unter den Neueintritten ganz selten jüngere Arbeiter zu finden sind, am ehesten noch Arbeiter und Angestellte aus öffentlichen Betrieben. Der überwiegende Teil der jüngeren SP-Mitglieder hat Mittelschulabschluss und steht oft wenn nicht in einem akademischen, dann in einem sozialen Beruf. Diese Parteimitglieder zählen sich, wie erwähnt, subjektiv zu den Lohnabhängigen, aber sie selbst finden kaum Zugang zu den jüngeren Berufsarbeitern.

Wir leben in einer Zeit, in der offensichtlich keine einzige der etablierten Parteien noch Menschen politisch zu mobilisieren und zu sensibilisieren vermag. Im Grunde genommen hat auch die SP in den letzten Jahren

selber nicht mobilisiert, sondern anderswo Politisierte aufgenommen: Leute aus der Studentenbewegung an Universitäten und Mittelschulen, von Bürgerinitiativen, von zuvor kirchlich und sozialetisch engagierten Gruppen, von Dritte-Welt-Arbeitsgruppen, aus der Alternativbewegung und vereinzelt (in der Romandie offenbar vermehrt) aus den Lehrlingsgruppen der frühen siebziger Jahre. Offensichtlich findet die politische Bewusstseinsbildung heute in solchen themenzentrierten Engagementgruppen statt und nicht mehr in den Parteien. Die traditionellen Parteien sind politische Auffangbecken und nicht Mobilisierungsagenten wie vielleicht zu ihren Anfangszeiten.

Peter Glotz, der Theoretiker des gouvernementalen SPD-Flügels, der in seinen Schriften ganz scharf mit den deutschen Jungsozialisten ins Gericht geht, redet seiner Partei ins Gewissen mit folgendem Hinweis: Zwei Dinge müsse die Sozialdemokratie von der jüngeren Generation und den Jusos unbedingt übernehmen, nämlich die Mobilisierungsmethoden durch die «ausserstaatlichen Aktivitäten» (er meint damit die Bürgerinitiativen, die Basismobilisierung usw.) und die Fähigkeit der Jungen, Alternativen zu entwickeln («neue Verhaltens- und Kooperationsformen jenseits unserer Warenwelt»). Die Arbeitsformen der Juso und der progressiven Parteisektionen erhalten so auch bei uns, trotz (oder wegen) des Ärgers, den sie zuweilen verursachen, eine wichtige *Vorspurfunktion*, die beachtet und gestützt werden müsste.

Schwierigkeiten in Zukunft nicht auszuschliessen

Die bisherige Beschreibung hat vielleicht die Kluft verniedlicht, die Spannungen idealisiert. Dies war gerade nicht der Zweck. Zweck war vielmehr, das bürgerliche Gerede von pragmatischen Arbeitern und ideologischen Intellektuellen in der SP, das ja als politische Waffe gebraucht wird, von unserer eigenen Analyse dieser Kluft zu unterscheiden.

Gewisse Schwierigkeiten werden sich möglicherweise noch verschärfen. Zum Beispiel die weit auseinanderliegenden Wünsche, wie eine Sektionsversammlung geführt und gestaltet sein sollte: Soll sie ein autoritär geführtes Abbild irgendeiner Parlaments- oder Kommissionssitzung sein? Oder darf dabei auch ein kreativer, gruppendynamischer Prozess stattfinden, der trotz gelegentlicher Turbulenz etwas mehr menschliche Wärme und politische Geborgenheit in der Parteisektion anbietet?

Oder ein anderes Spannungsfeld, das uns in Zukunft vielleicht Sorgen machen wird: das Auseinanderklaffen von völlig verschiedenen Verständnissen in der Partei über das wirtschaftliche Wachstum in Zukunft und den Lebensstil: Sollen die Arbeitsplätze durch noch mehr Zubetonierung der Landschaft und mehr Rüstungsaufträge usw. aufrechterhalten werden? Oder wollen wir kürzere Arbeitszeiten, Teilzeitstellen und qualitatives Wachstum? Dieser Streit um das, was qualitatives Wachstum heissen soll, ist natürlich eine Reproduktion der Spannung in der Gesellschaft selber.

Auch dieser latente Konflikt wird sich vielleicht da und dort in Zukunft verstärkt zeigen, sobald wir wieder in eine Rezession geraten.

Abgesehen von diesen objektiven Schwierigkeiten wird nach wie vor die Sprache der Intellektuellen Mühe machen: diese esoterische Sprache, diese Illusion, sie würde schon Linientreue herbeibringen; diese elitären Wendungen zur Beschreibung eines vielleicht ganz einsichtigen, simplen Sachverhaltes, die ein halbes gesellschaftswissenschaftliches Studium und eine riesige Semantik voraussetzen; dieser Glaube an Worte, die die Realität doch unberührt lassen; und dieser Streit um Worthülsen und Formulierungen etwa an Parteitag . . . !

Wer seine Sprache so einsetzt, verrät, dass er nicht einmal seine Leser oder Zuhörer liebt, geschweige denn die Leute dort abzuholen versucht, wo sie stehen. Diese Semantik der Universitätsabsolventen verursacht viel Missverständnisse und Konflikte. Vielleicht muss sie auch als Reaktion der Intellektuellen auf jene älteren SP-Politiker aufgefasst werden, welche mit ihrer durch und durch bürgerlichen Redeweise solche distanzierende Reaktionen geradezu provozieren.

Wir müssen heute noch davon ausgehen, dass diejenigen, die die erwähnten erfolgreichen Beschlüsse an den Parteitagen durchgesetzt haben, nicht für sich in Anspruch nehmen können, diese Beschlüsse gegenüber breiten Wählerschichten auch erfolgreich begründet zu haben. In der breiten Öffentlichkeit haben allemal die Vertreter der Parteileitung eine verständliche und glaubwürdige Sprache geführt, als es darum ging, diese Beschlüsse gegen das bürgerliche Trommelfeuer durchzusetzen. Es stellt sich vorübergehend das Problem, dass die Jüngeren zwar durchaus das «Feeling» zu richtigen Entscheiden besitzen, aber in der pädagogischen Vermittlung nicht sehr erfolgreich operieren. Ich bin allerdings zuversichtlich, dass sich das Problem der Intellektuellensprache mit zunehmender politischer Erfahrung von selber löse. Theo Pinkus, der unbeirrbar Optimist, jedenfalls behauptet das aus seiner fünfzigjährigen persönlichen Erfahrung in der Arbeiterbewegung.

Einige Folgerungen

Kein Tischleindeckdich mit probaten Lösungen, sondern einige *vorläufige Folgerungen für die Parteiarbeit in den Sektionen und den Parteigremien seien noch aufgezeichnet:*

– Die Probleme des altersmässigen Generationenbruchs müssen *nun einfach durchgestanden* werden. Und die bürgerliche Waffe des ständigen Auseinanderdividierens der Sozialdemokraten muss einfach als *Geduldprobe* ins Kalkül einbezogen werden. Ob man darauf auch offensiv begegnen soll, muss von Fall zu Fall entschieden werden.

-- Das Gerede von «vernünftigen» und «ideologischen» Sozialdemokraten muss innerhalb der Partei, soweit es im persönlichen Machtkampf eingesetzt wird, endlich aufhören. Wer so weiterfährt, soll mal sagen, wer

denn sonst in Zukunft das Subjekt der sozialdemokratischen Bewegung sein und aus welchen Gruppen sich die zukünftige Mitgliedschaft denn sonst rekrutieren soll!

– Harte und gehässige *politische Auseinandersetzungen* zwischen Exponenten in den *eigenen Reihen* wirken auf weniger Politisierte oder wenig Informierte nicht anspornend, sondern im Gegenteil *lähmend, demobilisierend, desengagierend*. Diesen pädagogischen Aspekt müssten vor allem auch die konfliktfreudigen Genossen registrieren.

– Die Sektionen müssen unbedingt weiterfahren, Leute, von denen bekannt ist, dass sie sich politisch interessieren und dem linken, sozialdemokratischen Gedankengut nahestehen, *in die Partei hineinzuziehen*. Die Mitgliederwerbung, die Aufforderung zum SP-Beitritt ist immer noch am wirksamsten, wenn sie mündlich und persönlich erfolgt. Der Überwindung der verbreiteten Hemmung zur persönlichen Werbung und zum direkten Ansprechen kann in der Sektionsversammlung am besten nachgeholfen werden, indem man diese Barrieren gleich beim Namen nennt.

– Die Sektionen sollten auch ihre Fühler ausstrecken zu nichtpartei gebundenen *Bürgerinitiativen, Arbeitsgruppen* usw. am gleichen Ort und womöglich punktuelle Zusammenarbeit anbieten. Warum nicht einmal eine gemeinsame Sitzung organisieren, an der die Probleme gegenseitig vorgestellt werden?

– *Die Arbeit der Juso*, die seit 1979 ein neues Tätigkeitsprogramm haben und vermehrt die Jungwähler ansprechen wollen, verdient die volle Unterstützung der Partei, trotz gelegentlichen Friktionen in der Zusammenarbeit.

– Die *parteiinterne Bildung*, zu der sich alle bekennen und die dann doch vor lauter tagespolitischer Kleinarbeit immer verlorenght, muss Priorität erhalten: Sie soll dazu dienen, sozialdemokratisches Gedankengut und Verständnis in der Partei zu fördern und vor allem auch die mit Parteifunktionen oder öffentlichen Ämtern betrauten Mitglieder befähigen, ihre politische Arbeit besser zu leisten.

– Präsidenten auf allen Ebenen – SP Schweiz, Kantonalparteien, Sektionen, aber auch in Parteikommissionen und Ausschüssen – haben eine entscheidende Integrationsfunktion: dass sie allen «Flügeln» und Gruppierungen das Gefühl geben, sie seien erwünscht in der Partei, sie seien nötig und hätten etwas zu sagen. Das bedeutet nicht einfach eine Konfliktvermeidungsstrategie, im Gegenteil!

In Parteiversammlungen sprechen wir über alle politischen Fragen, nur nicht über unsere eigenen Strukturen. Über die Organisation im Staat wissen wir viel zu sagen, aber über die innerparteiliche Organisation müssen die Reflexion und das Gespräch erst beginnen. Sie sind entscheidend für das Weiterleben unserer Partei!